



Manfred Schulz | Theo-Vondano-Str. 69 | 67657 KL

Fragen bei der Podiumsdiskussion des Stadtjugendrings Antworten von Manfred Schulz

Manfred Schulz
Landtagskandidat der CDU
Rheinland-Pfalz

Theo-Vondano-Str. 69
67657 Kaiserslautern

 0631 310 683 12
 0631 310 683 9

 www.manfred-schulz-rlp.de
 info@manfred-schulz-rlp.de



26.02.2021

Landtagswahl am 14.03.2021

Fragen der Moderatoren:

- Was halten Sie von einer Schuldenbremse?
Wir müssen die Generationengerechtigkeit im Auge behalten. Das Maß der Schulden muss zukünftigen Generationen eigenen politischen Gestaltungsraum ermöglichen. Gleichwohl müssen auch Antworten auf die drängenden Herausforderungen der Gegenwart angesichts der Pandemie und der Klimakrise beantwortet werden. Die Schuldenbremse ist ein Instrument und sollte nicht losgelöst und dogmatisch als gesamtpolitisches Ziel gesehen werden.
- Welche Schritte wird Ihre Partei gegen den Klimawandel einleiten?
Der Klimawandel ist ein Baustein einer ganzheitlichen Nachhaltigen Entwicklung. Bei der Transformation zur Nachhaltigkeit hinkt die Landesregierung vielen anderen Bundesländern weit hinterher. Trotz Beteiligung der Grünen verhält sich die Regierung als ob sie bei dem Transformationsprozess eine unbeteiligte Zuschauerrolle hat. Weder greift sie den besonders betroffenen Kommunen unter die Arme, noch richtet sie die Strukturpolitik danach aus. Zum Überfluss wurden in den letzten Jahren eine große Anzahl an „kann“ Formulierungen in Verordnungen und Gesetze geschrieben, die den von der Regierung finanziell knapp gehaltenen Kommunen am Ende kein Stück weiterhelfen – und das obwohl eine „nachhaltige“ Entscheidung häufig kaum etwas mehr kostet. Da man kein Bauministerium eingerichtet hat, fühlt sich in der roten Regierung auch niemand dafür zuständig für landesweit gültige Bauvorschriften zu sorgen, die den Klimawandel abschwächen könnten. Stattdessen schiebt man die Verantwortung auf Kommunen ab, die dann ohne richtige Rechtsgrundlage behelfsmäßige Bastellösungen erfinden müssen um das Schlimmste zu verhindern. Mit diesen Erfahrungen, die ich nicht zuletzt im Bauausschuss der Stadt Kaiserslautern machen musste, will ich mit der CDU beherzt zur Sache gehen und klare Handlungsrahmen definieren in denen sich alle transparent und zuverlässig zurechtfinden können.

- Was tun Sie für Freizeitbeschäftigung für Jugendliche auch/gerade aus ärmeren Elternhaus während und nach der Coronazeit

Die meisten Freizeit-, Sport- und Kulturangebote werden im Allgemeinen durch zahllose Vereine, Organisationen und Verbände mit viel ehrenamtlichen Herzblut organisiert. Für uns als CDU ist es daher wichtig den Engagierten möglichst die Unterstützung entgegen zu bringen die sie brauchen. Sie müssen sich auf die öffentliche Infrastruktur verlassen können. Räumlichkeiten müssen für geeigneten Hygienemaßnahmen ausgerüstet werden um diese auch zukünftig sicherer nutzen zu können.
- Welche Unterstützung für Jugendliche mit psychischen Problemen wegen Corona können Sie sich vorstellen?

Hier gibt es bereits einige Anlaufstellen und Telefonnummern, z. B. von der Psychiatrie oder die „Nummer gegen Kummer“ vom Kinderschutzbund. Von Seiten der Stadt sollten gerade aber jetzt in dieser Corona-Zeit die einschlägigen Rufnummern oder Mail-Adressen mit den zugehörigen Ansprechpartnern verstärkt verbreitet und veröffentlicht werden.
- Warum gibt es keine Hygieneartikel auf öffentlichen Toiletten?

Auf öffentlichen Toiletten sollte Sauberkeit und Ordnung ebenso selbstverständlich sein wie die notwendigen Hygieneartikel für die Allgemeinheit. Die öffentliche Hand kann auf der anderen Seite nicht für jeden individuelle Hygieneartikel vorhalten, dies obliegt maßgeblich der persönlichen Verantwortung.
- Welche Ideen haben Sie für Hilfen für Studenten während der Coronazeit?

Die laufenden Hilfen die meine CDU-Parteifreundin und zuständige Bundesministerin Anja Karliczek organisiert und initiiert hat greifen an der richtigen Stelle an. Es ist geregelt, dass es möglichst keine negativen Auswirkungen auf die Regelstudienzeit, die Prüfungsfristen, die Beschäftigungsdauern und den Bafög-Anspruch gibt. Für in Not geratene Studierende gibt es recht unkompliziert einen Anspruch auf Überbrückungshilfen, die über die zuständigen Studierendenwerke unterstützt werden. Eine große Hilfe ist es aber auf der anderen Seite auch, wenn sich die Universitäten und das Land mit allen Möglichkeiten darum bemühen die Studien- und Prüfungsangelegenheiten aufrecht und zugänglich zu halten. Hier treten die landesspezifischen Missstände in Rheinland-Pfalz offen ans Licht. Der Landesregierung und dem verantwortlichen SPD-Minister ist es bislang nicht gelungen die notwendigen Finanzmittel, Infrastruktur und Fachpersonal zur Verfügung zu stellen. Da sind uns andere Bundesländer weit voraus.
- Was tun Sie um den ÖPNV zu verbessern?

Attraktive Angebote mit sicheren Fußwegen, durchgehenden Radverbindungen bis ins Umland und schnellen, gut getakteten Bus- und Bahnverbindungen quer durch Stadt und Land sind aus meiner

Sicht die Maßstäbe für die Zukunft der städtischen Mobilität. Ich setze mich daher mit der CDU für eine echte Neuordnung des gesamten Nahverkehrs ein. Ein neuer Nahverkehrsplan soll uns diesen Weg der Veränderungen aufzeigen. Darin muss neben der Prüfung neuer Bahnhaltepunkte, neuer Bushaltestellen und Umsteigepunkte auch die vollständige Barrierefreiheit und bessere Verknüpfung mit dem Radverkehr enthalten sein. Weil Nahverkehr und Pendler nicht an den Stadtgrenzen Halt machen, muss auch über Streckenreaktivierungen wie die Zellertalbahn nach Worms und Darmstadt sowie die Donnersbergbahn nach Mainz, Wiesbaden und Frankfurt gesprochen werden.

In meinem Wahlkreis leben viele Studierende. Ich unterstütze ihre Forderungen nach einem landesweit gültigen, günstigen Semesterticket wie es in anderen Bundesländern schon seit Jahren üblich ist. Die finanziellen Belastungen von Auszubildenden und Studierenden sind durch hohe Wohnkosten in den Städten häufig schwer zu stemmen, die Flexibilität eines Landestickets kann hier abhelfen.

- Welches Ihrer Anliegen würden sie für einen Kompromiss in einer Koalition als erstes streichen?

Auch wenn es mir schwer fällt: Ich könnte mir vorstellen die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge zu verschieben.

- Was halten Sie vom Werbeverbot von Ärzten für Schwangerschaftsabbrüche?

In der hier angesprochenen und diskriminierenden Debatte werden Werbung, Aufklärung und Information komplett und fragwürdig durcheinander gewürfelt. Information und Aufklärung darf niemals verhindert werden. Niemand sollte es den betroffenen Frauen unnötig erschweren sich Hilfe, Aufklärung und Informationen über diese persönlich belastende Frage zu verschaffen. Die Unterstützung in einer solchen Situation durch geeignete und qualifizierte Vertrauenspersonen wie Frauenärzte und Frauenärztinnen sollte an erster Stelle stehen.

- Welche Hilfen haben Sie für beeinträchtigte Menschen in Schule und Ausbildung?

Wir als CDU setzen uns für eine stärkere Anerkennung der Förderschulen im Land ein. Trotz des Vorrangs der Inklusion, gilt es die Wahlfreiheit für Kinder und Eltern zu erhalten und auch mit attraktiven Förderschulen den Bildungsweg breit zu halten. Diese Anerkennung soll sich durch eine verbesserte finanzielle Ausstattung und einen angepassten Personalschlüssel widerspiegeln, um jedem Kind gerecht zu werden und jedem Kind die bestmögliche Förderung zu bieten.

- Sind Sie für ein Wahlalter ab 16 Jahren?

Die Partizipation von Kindern und Jugendlichen am politischen Leben

muss weiter gestärkt werden. Nicht zuletzt wurde kürzlich das Grundgesetz dafür überarbeitet. Dies kann aber auf anderem Wege geschehen und ist nicht zwingend an die Frage des Wahlalters gekoppelt. Dies geht für die CDU mit der Volljährigkeit und vollumfänglichen Geschäftsfähigkeit einher. Dann muss und kann die volle Verantwortung für das eigene Handeln mit allen Rechten und Pflichten übernommen werden. Jugendparlamente oder Beiräte auf kommunaler oder landesweiter Ebene wie wir es in Kaiserslautern wiederbelebt haben können eine geeignetere Plattform für die Belange von Kindern und Jugendlichen sein.

- Wie werden Sie mit dem Wahlergebnis der U-18 Wahl am 5. März in Kaiserslautern umgehen?

Wir werden uns nach der Wahl in der CDU gemeinsam mit allen unseren Gliederungen alle Ergebnisse und Analysen ganz genau ansehen. Die U-18 Wahl in Kaiserslautern nehme ich ernst, denn jeder hat den gleichen Anspruch auf gute Politik. Hierzu stehe ich auch in engem Austausch mit der Jungen Union.

- Wie kann das Land bei der Digitalisierung der Schulen in ärmeren Kommunen helfen?

Das Land muss Fortbildungsmöglichkeiten für Lehrende, die notwendigen Fachkräfte, Ausstattung und Finanzmittel bereitstellen. Das Land bzw. die die SPD-Bildungsministerin haben hier seit Jahren ganz grundlegend und krachend versagt.

- Wie können in Coronazeiten Azubis, Praktikanten unterstützt und Ausbildungsplätze gerettet werden?

Am besten werden den Azubis und Praktikanten geholfen, wenn den zugehörigen Betrieben geholfen wird. Da passiert aus unserer Sicht derzeit zu wenig. Der schulische Teil sollte natürlich wie an anderen Stellen auch digital organisiert werden, was auch passiert. Die Schulen sollten unabhängig davon aber aktiv die Vermittlung von Praktika fördern. Die CDU hat zum Beispiel für die Pflegeausbildung kürzlich eine bessere Koordinierung mit eigenem Personal an der BBS in Kaiserslautern angeregt.

- Was halten Sie von einer autofreien Innenstadt?

Im Sinne einer nachhaltigen Stadtentwicklung setze ich mich mit der CDU schon lange für eine Ausweitung und Verbesserung des Platzangebots für das öffentliche Leben und Begegnungen der Einwohnenden ein. Verbunden mit einer ökologischen Aufwertung und der Anpassung an die klimatischen Veränderungen wie Hitzesommer und Starkregen bleibt eine Stadt auch lebendig unabhängig von Handel und Gewerbe. Der öffentliche Raum einer Stadt ist natürlicherweise begrenzt. Gezielte Umorganisation und Veränderung von Mobilität und Verkehr sind Instrumente die dabei eingesetzt werden müssen um andere Nutzungen zu ermöglichen. Ein Prüfauftrag der CDU zur Realisierung der Autofreiheit in der

Kaiserslauterer Stadtmitte hat beispielsweise die Diskussion darüber erst in den politischen Raum gebracht, da bleiben wir auch weiter dran.

Unabhängig davon wird die Verkehrsveränderung nur funktionieren, wenn attraktive Angebote mit sicheren Fußwegen, durchgehenden Radverbindungen bis ins Umland und schnellen, gut getakteten Bus- und Bahnverbindungen quer durch Stadt und Land zur Verfügung stehen. Sie sind für uns die Maßstäbe für die Zukunft der städtischen Mobilität.

- Wie kann eine Verbands/Vereinsarbeit nach der Coronakrise unterstützt werden, da es zu erwarten ist, dass durch die Corona-Zeit Teilnehmende und ehrenamtliche Mitarbeitende wegbrechen?

Neben einer größeren Anerkennung und Unterstützung der ehrenamtlichen Vereinsarbeit müssen sich die Vereine darauf verlassen können, dass die finanzielle Unterstützung der Stadt für ihre Jugendarbeit in unveränderter Höhe bestehen bleibt. Umso erstaunter war ich, als der SPD-Oberbürgermeister versuchte dem Rat klammheimlich eine Kürzung der Sportfördermittel von 300.000 auf 200.000 unterzujubeln. Ohne jegliche Vorankündigung oder Diskussion darüber, sah der Verwaltungsentwurf diese Reduzierung vor. Für uns war das selbstverständlich nicht hinnehmbar. Wir dürfen daran erinnern, dass die Sportfördermittel zur Zeit von CDU-Oberbürgermeister Deubig noch bei 500.000 € lagen. Im Zuge des Kommunalen Entschuldungsfonds wurden sie ja erst auf 300.000 € abgesenkt. Daher verbietet sich die jetzt vom SPD-Oberbürgermeister vorgeschlagene weitere Reduzierung. Auch dies war ein Schlag in Gesicht der Vereine, und der tollen Jugendarbeit die dort geleistet wird. Gerade in Corona-Zeiten, ein absolutes Unding. Und deswegen haben wir diese Kürzung auch erfolgreich verhindert.

Fragen von außen:

- Was werden Sie tun, um künftig jüngere, Frauen und Menschen mit z.B. internationalem Hintergrund stark in die Politik in RLP einzubinden?
In der CDU engagieren sich unglaublich viele unterschiedliche Menschen mit den verschiedensten Hintergründen und Lebensgeschichten. Sie alle stehen für die Politik der CDU. Als Volkspartei ist es unser Anspruch die Abwägung der Interessen zu moderieren und den gesellschaftlichen Meinungsbildungsprozess zu gestalten.
- Welche der Parteien vertritt am ehesten die Interessen von Russlanddeutschen, die Lautern inzwischen ihr Zuhause nennen?
In der CDU engagieren sich unglaublich viele unterschiedliche Menschen mit den verschiedensten Hintergründen und Lebensgeschichten. Uch viele Russlanddeutschen. Sie alle stehen für die Politik der CDU. Als Volkspartei ist es unser Anspruch die Abwägung der Interessen zu

moderieren und den gesellschaftlichen Meinungsbildungsprozess zu gestalten.

- Wie kann die Jugendarbeit und Jugend Sozialarbeit in Kaiserslautern weiter gefördert werden?
Die Sozialarbeit muss langfristig durch einen angemessenen Personalschlüssel gesichert werden. In Kaiserslautern sehen wir dafür noch viel Luft nach oben.
- Was tun sie für den Schuldenschnitt für Kommunen?
Eine CDU-geführte Landesregierung wird der verfassungsrechtlichen Verpflichtung des Landes für die kommunalen Finanzen endlich wieder nachkommen. Deshalb werden wir nach hessischem Vorbild eine umfangreiche Altschuldenhilfe aufsetzen, die vor Ort wieder Handlungsspielräume schafft. Hierfür wird das Land die Hälfte der Schulden der Kommunen übernehmen. Der Verfassungsgerichtshof Rheinland-Pfalz hat in seinem Urteil vom 16.12.2020 grobe Vorgaben zur bedarfsgerechten Ausgestaltung des kommunalen Finanzausgleichs fixiert, die die CDU umgehend aufgreifen und zusammen mit den Kommunen eine Neuordnung der kommunalen Finanzen auf den Weg bringen wird.
- Was unternehmen die Parteien, um der stetigen Verschlimmerung der mentalen und psychischen Gesundheit von jungen Menschen entgegenzuwirken?
Wir wollen uns viel mehr mit den Ursachen beschäftigen um die mentale und psychische Gesundheit junger Menschen erst gar nicht zu gefährden. Es ist wichtig den gesellschaftlichen Stellenwert mentaler und psychischer Gesundheit anzuerkennen. Das vielerorts immer noch negative Stigma solcher Krankheiten muss aufgelöst werden.
- Würde gerne wissen wieso SCHLAU (schwul lesbische Aufklärung an Schulen) noch kein Pflichtprogramm an Schulen ist?
Unabhängig vom Inhalt sollte der Staat möglichst wenig in die pädagogische Freiheit der Schulen und Lehrkräfte eingreifen. Sie wissen am besten wie und in welchem Ausmaß Lerninhalte in den Lerngruppen konkret bearbeitet werden. Sexualität in ihren verschiedenen Formen muss selbstverständlich angemessen thematisiert werden.
- Wieso nimmt man weiterhin schlechtere Schulleistungen/ die Gesundheit der Jugendlichen in Kauf, wo aus der Schlafforschung schon seit Langem Empfehlungen kommen, dass der Schulbeginn später starten soll?
Der Schulbeginn steht in einem größeren gesellschaftlichen Kontext und kann daher nicht davon losgelöst betrachtet werden. Ich bin allerdings offen für diesen Vorstoß.

- Wann können wir mit der Aufarbeitung der deutschen Kolonialgeschichte im Geschichtsunterricht rechnen?
Unabhängig vom Inhalt sollte der Staat möglichst wenig in die pädagogische Freiheit der Schulen und Lehrkräfte eingreifen. Sie wissen am besten, wie und in welchem Ausmaß Lerninhalte in den Lerngruppen konkret bearbeitet werden. Die Aufarbeitung der Kolonialgeschichte gehört selbstverständlich zum Geschichtsunterricht.
- Sind Sie für eine Studie „Rassismus innerhalb der Polizei" und warum (nicht)?
Die Herstellung von Transparenz in unseren Staatsorganen ist Voraussetzung für die Akzeptanz und Neutralität. Wir haben ein sehr hohes Vertrauen in unsere Polizeikräfte. Eine solche Studie darf keinesfalls zum Generalverdacht gegen unsere Polizei führen.
- Wird es mit Ihnen ein Update für den Sexualkunde-Unterricht geben, in dem neben dem biologischen Geschlecht auch das soziale Geschlecht behandelt wird?
Unabhängig vom Inhalt sollte der Staat möglichst wenig in die pädagogische Freiheit der Schulen und Lehrkräfte eingreifen. Sie wissen am besten, wie und in welchem Ausmaß Lerninhalte in den Lerngruppen konkret bearbeitet werden. Sexualität in ihren verschiedenen Formen muss selbstverständlich angemessen thematisiert werden.
- Was halten sie von zwanghaftem Wirtschaftswachstum im Hinblick auf die Klimakrise?
Als CDU sind wir der Ansicht, dass Nachhaltigkeit und Wirtschaftswachstum keine Gegensätze sind. Wir möchten ökologische, soziale und ökonomische Nachhaltigkeit so gestalten, dass die Klimaziele erreicht werden können.
- Was sind Ihrer Meinung nach die größten Probleme in Kaiserslautern, die in Mainz realistisch gelöst werden können?
Die Mutter aller Probleme ist die miserable und verfassungswidrige Finanzausstattung der Kommunen. Die andauernden Rechtsbrüche der aktuellen Regierung müssen beendet werden.
- Wie ein SWR Bericht schon 2018 aufwies, können die Hilfsfristen im Rettungsdienst oft nicht eingehalten werden. Die letzte Änderung des Landesrettungsdienstplans war 2014 (laut Landesseite im Internet) welche Schritte müssen konkret demnächst angegangen werden, um die Versorgung zu verbessern?
Wir brauchen in Verantwortung des Landes eine Planung und Finanzierung für flächendeckende Rettungswachen, mit denen landesweit eine Hilfezeit von 10 Minuten sichergestellt wird. Und: Bis der Notarzt kommt, helfen Ersthelfer. An jeder Apotheke, in jeder Schule und an Sportanlagen sollen öffentliche Defibrillatoren aufgehängt werden. Wir wollen, dass bereits in der Schule oder im Verein regelmäßig Erste-Hilfe und Reanimation geübt wird.

Konkret: Ein Netz der sogenannten „First Responder“, ehrenamtlicher Sanitäter, die ihrer normalen Arbeit nachgehen, im Notfall aber schnell und mit Ausrüstung zur Stelle sind, soll eng geknüpft werden. Und wir wollen, dass diese „First Responder“ als fester Bestandteil in die Rettungskette eingebunden werden.

- Was wollen Sie tun, dass Kaiserslautern wachsen kann und die Nachfrage nach Wohnraum und Industrieflächen gestillt werden kann
Unabhängig von meinem städtischen Wahlkreis liegen Lösungen auch darin, den Wohn- und Wirtschaftsraum gemeinsam mit der umliegenden Region einer Stadt zu entwickeln. Hier würde man gleich mehrere Probleme auf einmal anpacken: Ganz im Sinne gleichwertiger Lebensverhältnisse von Stadt und Land sowie einer hochwertigen und umweltverträglichen Mobilitätsvernetzung müsste der Druck in Städten zu Leben und zu Arbeiten gar nicht so groß sein. Dazu gibt es auch noch eine andere Frage.
Auch wenn mein Wahlkreis Kaiserslautern nicht zu den Städten mit maßlosen Wohnkosten zählt, sind Kaufpreise und Mietkosten spürbar angestiegen. Mir und der CDU ist es wichtig, dass die Stadtteile gut durchmischt sind, mit unterschiedlichen Menschen und Nutzungen und einer angemessenen Nahversorgung. Das stärkt die Nachhaltigkeit einer Stadt. Mit der städtischen Bau AG, Erbpachtvergaben und Regelungen in der Bauleitplanung können wir auf dieser Ebene viel erreichen.
Gute Konzepte aufzustellen und zu verfolgen gibt es aber nicht zum Nulltarif. Hier muss sich im ganzen Land etwas ändern: Teure Planungskosten werden von der Landesregierung nicht gefördert und unterstützt, gleichzeitig enthält die Landesregierung den Städten verfassungswidrig die Gelder vor um Ihre Aufgaben zu finanzieren. Damit hängen die Hürden für Barrierefreiheit, Stadtentwicklung und Konzeptvergaben gleich doppelt so hoch. Auch bei der Förderung für sozialen Wohnraum muss sich etwas tun im Land: Die rote Regierung fördert mit Scheuklappen bislang nur Neubau oder Modernisierung. Man sieht, dass ein Bauministerium einfach fehlt. Beim Erwerb wichtiger Bestandsgebäude auf dem Wohnungsmarkt können finanzschwache Kommunen wie Kaiserslautern trotz Vorkaufsrecht kaum mitspielen. Die Lösung mancher Probleme ist schließlich nicht immer nur im Neubau zu finden.
- Weshalb gibt es in Kaiserslautern keine Hotline für Opfer sexualisierter Gewalt (z.B. Frauennotruf)
Als Anlaufstellen für Opfer sexualisierter Gewalt gibt es in Kaiserslautern andere Einrichtungen. Für eine eigene Hotline müsste langfristig Fachpersonal eingestellt werden, hierfür fehlt es an den notwendigen Finanzmitteln.

- Im Zuge der aktuellen Corona-Maßnahmen haben sich im Bereich des "Home-Schooling" deutliche Defizite sowohl im Bereich technischen Voraussetzungen bei Schulen, Lehrern und Schülern, als auch bei der Ausbildung und der Motivation der Lehrkräfte gezeigt. Wie wollen Sie dafür Sorge tragen, dass die Missstände behoben werden und das Land Rheinland-Pfalz auf solche oder ähnliche Situationen besser vorbereitet ist?

Das Land muss Fortbildungsmöglichkeiten für Lehrende, die notwendigen Fachkräfte, Ausstattung und Finanzmittel bereitstellen. Das Land die SPD-Bildungsministerin haben hier seit Jahren ganz grundlegend und krachend versagt.

- Die digitale Infrastruktur der Schulen muss dringend verbessert werden. Alle brauchen gutes Internet und wir brauchen Arbeitsgeräte für Lehrer. Es kann z. B. nicht sein, dass Lehrer mit privatem Laptop arbeiten müssen und da auf Grund von Datenschutz z.B. keine Namenslisten speichern dürfen.
- Die CDU hat versucht behelfsmäßig diese Bedingungen zu verbessern und Lüftungsgeräte für alle Schulen zu bekommen. Wir haben früh gefordert, dass Schulen besseres Internet bekommen. Es kann nicht sein, dass wir durch die unzureichenden Finanzierung nicht dazu in der Lage sind, moderne Lernbedingungen zur Verfügung zu stellen
- Ich trete dafür an, zukunftsfähige Schulen zu schaffen.

- Bei dem laufenden Lockdown und dem damit verbundenen "Home-Schooling" und dem "mobilen Arbeiten" hat sich gezeigt, dass in weiten Gebieten unserer Region, die notwendige Breitbandversorgung unzureichend ist.

Was planen Sie konkret dagegen zu unternehmen und wie wollen Sie dafür Sorge tragen, dass die Kosten für die Nutzer bezahlbar bleiben?

Rheinland-Pfalz ist geprägt von Funklöcher, langsamen Verbindungen und fehlendem Breitbandausbau. Viele Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer leben und arbeiten im „DigiTal“, aber der Alltag ohne digitale Anbindung funktioniert nicht. Dabei sind Bürger und Unternehmen der Landesverwaltung in der ganz alltäglichen Nutzung digitaler Medien weit voraus.

Wer Wohlstand und Fortschritt will, braucht flächendeckend sichere Netze.

Wir wollen, dass Digitalisierung Chefsache wird und schaffen einen Geschäftsbereich Digitale Strategie und Entwicklung mit Digitalminister und Digitalstaatssekretär. Dazu gehört auch: Mittel die dem Land zustehen, müssen verlässlich abgerufen werden. Wir wollen eine Digitalisierungsinitiative für den öffentlichen und privatwirtschaftlichen Bereich. Datenschutz und Datensicherheit, das Recht auf informationelle Selbstbestimmung wie geeignete Maßnahmen, um den Schutz der Daten zu gewährleisten, sind Voraussetzung und Bedingung, um digitale Angebote und Vernetzung voranzubringen.

Fortschritt im digitalen Bereich darf nicht zu Lasten der individuellen Sicherheit gehen. Bei aller Vernetzung muss die Sicherheit von

persönlichen Daten gewährleistet sein. Mit dieser Vorgabe werden wir alle Behördengänge und alle Formulare digitalisieren und landeseinheitlich die Verwaltungsaufgaben auf einer App bündeln. Die "Digitalisierung der Verwaltung" ist in erster Linie von den Kommunen zu leisten, da die Bürgerschaft zuvorderst in Kontakt mit der kommunalen Ebene tritt. Damit die Kommunen das Onlinezugangsgesetz bis Ende 2022 umsetzen können, sind weitere finanzielle Mittel zwingend notwendig.

Wir werden die Funklöcher schließen und den schnellen Breitbandausbau und schnelles Internet per Funk flächendeckend in Rheinland-Pfalz schultern.

Wir wollen nach dem Vorbild anderer Bundesländer mit landeseigenen Funkmasten den Netzausbau beschleunigen. Diese sollen an private Mobilfunkanbieter vermietet werden. Schnelles Internet muss flächendeckend eine Selbstverständlichkeit sein. Die Kommunen werden durch zusätzliche Landesmittel finanziell in die Lage versetzt, ihre Verwaltungsleistungen zu digitalisieren.

- In unserer Gesellschaft und der Parteienlandschaft ist zunehmend eine Tendenz zum (rechts-) Populismus und zur Verschiebung von radikalen und moralisch nicht mit einem freiheitlich, demokratischen Staat vertretbaren Aussagen (z.B. Kommentare in Bundes-/Landtagsdebatten oder sozialen Netzwerken) und Taten (z.B. Benehmen und Aktionen von AfD-Gästen im Bundestag) in die Mitte der Gesellschaft zu beobachten.
Was planen Sie im Rahmen Ihrer zukünftigen Funktion als Landtagsabgeordneter dagegen zu unternehmen?
Dagegen gibt es kein Patentrezept. Ich finde aber: Gute Politik, Dialog und Aufklärung lassen keinen Platz für Populismus.
- Das niedrigste Durchschnittsalter im Deutschen Bundestag lag 1972 bei 46,6 Jahren, das höchste 1961 mit 52,3 Jahren. Viele Jugendliche, Erstwähler und junge Erwachsene fühlen sich von der Politik nicht wahrgenommen, nicht repräsentiert oder nicht verstanden. Sie haben das Gefühl, dass aktuelle Politik nicht immer für sie gemacht wird. Können Sie das bitte kommentieren und was denken Sie qualifiziert Sie, die Interessen von jüngeren Wählern zu vertreten?
In der CDU engagieren sich unglaublich viele unterschiedliche Menschen mit den verschiedensten Hintergründen und Lebensgeschichten. Sie alle stehen für die Politik der CDU. Als Volkspartei ist es unser Anspruch die Abwägung der Interessen zu moderieren und den gesellschaftlichen Meinungsbildungsprozess zu gestalten. Als Familienvater habe ich ein besonderes Interesse an guter Politik für Kinder und Jugendliche.
- Ich beginne zeitnah mein duales Studium bei der Polizei Rlp, daher ist für mich Interessant, inwiefern neben einer verbesserten Ausbildung und Ausrüstung auch Erhöhungen des Gehalts geplant sind bzw. wie die Kandidaten dazu stehen

Gute Ausstattung und Ausbildung sowie eine angemessene Vergütung unserer Polizeikräfte ist Voraussetzung für einen funktionierenden Rechtsstaat.

Hinter der Institution „Polizei“ verbergen sich Menschen. Ehemänner und -frauen, Familienväter und -mütter, Freunde, Nachbarn und Bekannte. Die Polizei, das sind Staatsbürger in Uniform. Damit sie ihre Aufgabe vollumfänglich wahrnehmen können, brauchen sie eine gute und zeitgemäße Ausbildung. Das Ausbildungsniveau ist bereits jetzt vorbildlich. Gleichwohl muss Lernen auch Spaß machen. Dies setzt ein angenehmes und modernes Lernumfeld voraus. Derzeit gibt es in Rheinland-Pfalz aber nur drei Standorte mit einer Höheren Berufsfachschule mit dem Berufsziel Polizist oder Polizistin. Das ist zu wenig, weil auch Schülerinnen und Schüler ohne Abitur für den Polizeidienst gewonnen werden müssen.

Wir wollen deshalb den Campus der Polizeihochschule modernisieren. Dabei kommt der digitalen Infrastruktur eine ganz besondere Bedeutung zu. Eine Hochschule braucht für die Erfüllung ihres Lehr- und Forschungsauftrages der Zukunft digitale Datenautobahnen für den schnellsten Austausch. Wir wollen die Anbindung der Liegenschaft an das Glasfasernetz, damit wir unserem Ziel „freies WLAN am Campus“ auch ein leistungsfähiges Netz zu Grunde legen können. Die bereits unternommenen Anstrengungen im Bereich der digitalen Ausbildung sollen unterstützt werden. Deshalb werden wir zusätzliche Dozentenstellen schaffen.

Wir wollen zusätzliche Standorte für die Berufsfachschule Polizei schaffen, um Schülerinnen und Schülern aus dem ganzen Land den Weg zu unserer Polizei zu ebnen.

Die Ausstattung mit digitalen Endgeräten ist für uns eine Selbstverständlichkeit, die endlich für alle, die im operativen Dienst eingesetzt sind, umgesetzt werden muss. Zudem wollen wir die bestehenden Softwareprogramme – wo notwendig – überarbeiten und miteinander verknüpfen. Verbesserung durch bewährte und vielseitig einsatzfähige Ausrüstung, länderübergreifende Software, sind unverzichtbar für eine moderne Polizeiarbeit. Wer Polizisten modern ausstattet, bekommt moderne Polizeiarbeit.

Egal ob in der Stadt oder auf dem Land, in der Luft oder auf dem Wasser: Unsere Polizei leistet gute Arbeit für unsere Sicherheit und muss dafür in allen Bereichen gut ausgestattet sein. Zudem wollen wir die bestehenden Softwareprogramme, wo notwendig, überarbeiten und miteinander verknüpfen und eine Verbesserung durch bewährte und vielseitig einsatzfähige Ausrüstung. Länderübergreifende Software, kompatible europäische und nationale Datensysteme sind unverzichtbar für eine moderne Polizeiarbeit.

Wir vergessen niemanden: Wir wollen das die Hubschrauberstaffel und die Wasserschutzpolizei ebenfalls mit modernem Führungs- und Einsatzmitteln ausgestattet werden. Außerdem wollen wir zusätzliche IT-Spezialisten einstellen und beim Landeskriminalamt (LKA) angliedern, die die Sicherheitsbehörden beim Kampf gegen Kinderpornographie unterstützen.

Fragen an einzelne Kandidaten/innen

- An Manfred Schulz

- Der Spitzenkandidat der CDU ist ja Herr Baldauf. Dieser hat ein Zurück zum Bildungssystem von Bernhard Vogel gefordert, also eins der 70/80er Jahre. Wie stehen Sie dazu und was sagen Sie dazu, dass Herr Baldauf in so gut wie jeder Haushaltssitzung gefehlt hat.

Wir sollten nicht zu viel Energie mehr darauf verwenden, Systemdebatten zu führen. Ich werde mich für konkrete Verbesserungen im bestehenden System einsetzen. Hierzu gehört für mich eine 100%ige Unterrichtsgarantie!

Ich kann nicht für Herrn Baldauf, sondern nur für mich sprechen und diese Aussage jetzt auch nicht überprüfen. Sollte ich in den Landtag gewählt werden, werde ich ein fleißiger Abgeordneter sein, der nach Möglichkeit an keinen Sitzungen fehlen wird!

- Ihr Kollege Dirk Herber hat auf Social Media höchst sexistische und frauenfeindliche Inhalte über die Ministerpräsidentin Malu Dreyer gepostet. Wieso kopiert Ihre Partei AfD-Rhetorik?

Niemand in unserer Partei kopiert AfD-Rhetorik. Auch bei Herrn Herber kann ich keine sexistischen oder frauenfeindlichen Inhalte erkennen. Dieser Vorwurf ist infam.

- „Auf social media scheint ihr einziger Inhalt das Abwählen von Herr Rahm von der SPD zu sein. Verstellen Sie sich in diesem Talk hier nur oder hat es einen anderen Grund, warum Sie ihn hier noch nicht direkt angegriffen haben?“

Ich behaupte hier mal, dass kein Kandidat mehr Inhalte auf Social Media postet, als ich. Ich habe ihn zu keinem Zeitpunkt als Person angegriffen. Kritik an seiner Arbeit ist aber nicht nur legitim, sondern auch angebracht. Leider...

- In Japan sieht man doch, dass nicht alle Schulden abbezahlt werden müssen.

Das halte ich für einen Trugschluss. Wenn die Gläubiger der Schuldenländer das Vertrauen verlieren in die Staaten verlieren, wenn sie daran zweifeln, dass sie das von ihnen geliehene Geld wieder zurückbekommen, dann werden sie dem Staat keine Kredite mehr gewähren. Dies hätte fatale Konsequenzen für die Staatsfinanzierung.